



# Newsletter No. 90

## Januar/Februar 2018

Nachrichten und Meinungen

### Neujahrsempfang und Mitgliederehrung



**Horst Subei, Heinz Reese, Christian Krüger, Ursula Reinke, Alexander Paatsch, Margot Hoepfner-Rhode, Paula Puls, Hans-Jochen Griebe, Werner Hahn, Uwe Hilker(v. l. n. r.)**

Wie jedes Jahr wurden auch am 26. Januar 2018 mehrere SPD-Mitglieder für ihre langjährige Mitgliedschaft vom Ortsverein geehrt, und zwar im Rahmen des traditionellen Grünkohlensens. Wegen der vorgezogenen Vorstandswahl im Dezember wurde die Veranstaltung in den Januar verschoben. Der neugewählte Vorsitzende Christian Krüger eröffnete die mit über 80 Teil-

nehmern gut besuchte Veranstaltung. In einer kurzen Ansprache erinnerte er an die vielen Herausforderungen, die der Ortsverein im letzten Jahr zu bewältigen hatte. Da sei als Erstes die Fusion mit dem Ortsverein Apensen im Januar zu erwähnen, die als gut gelungen betrachtet werden könne. Im März folgen die Veranstaltungen zum 150. Jahrestag der Gründung des Ortsvereins



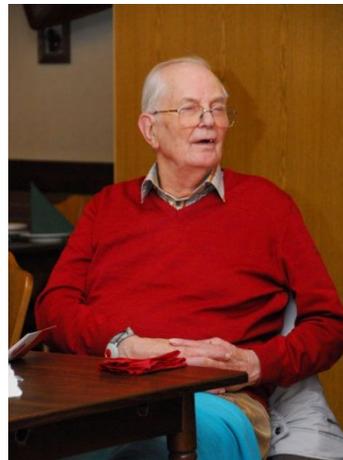
Buxtehude. Der Höhepunkt sei der Festakt im Ratssaal des Rathauses gewesen mit mehr als 100 Gästen in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Stefan Weil, der auch ein Grußwort gesprochen habe. Christian dankte an dieser Stelle den Organisatoren, allen voran Dr. Harald Stechmann, Hans-Uwe Hansen und Susann Fibig. Der Sommer sei geprägt worden durch die Wahlkämpfe für die Bundestagswahl im September und die vorgezogene Landtagswahl im Oktober. Auch diese Herausforderung habe der Ortsverein hervorragend bewältigt. Christian dankte an dieser Stelle allen Wahlkampf Helfern und insbesondere Gerrit Steffens für die Organisation. In diesem Jahr stünden zunächst der Mitgliederentscheid zum Koalitionsvertrag an, zu dem sicher auch eine Diskussionsveranstaltung stattfinden werde.



Paula Puls

Weiterhin werde sich der Ortsverein intensiv mit den lokalen Problemen auseinandersetzen müssen.

Auch in diesem Jahr wurden eine Reihe von Mitgliedern geehrt. Auf die längste Mitgliedschaft mit 65 Jahren kann Paula Puls zurückblicken. Für 60 Jahre wurden Heinz Reese und Wilhelm Wohlers geehrt. Werner Hahn und Margot Hoepfner-Rhode sind 50 Jahre in der Partei, 40 Jahre Mitglied ist Ursula Reinke. Jörg Grau, Stephan Henne und Alexander Paatsch sind seit 25 Jahren Sozialdemokraten. Für 10 Jahre wurden geehrt Marion Frenzel, Hans-Jochen Griebe, Uwe Hilker und Horst Subei. Vor der Ehrung erhielten die neu in die Partei eingetretenen Mitglieder ihr Parteibuch. (UL)



Heinz Reese

## **Für oder gegen GROKO - Die Diskussion in Buxtehude**

*von Dr. Uwe Lampe*

In einer gemeinsamen Versammlung des Ortsvereins und der Arbeitsgemeinschaft 60plus diskutierten die Mitglieder vor dem Parteitag über die Aufnahme der Koalitionsverhandlungen mit den Unionsparteien auf der Basis des Ergebnisses der Sondierungsverhandlungen. Wie zu erwarten wurde eine heftige Diskussion geführt und es entstand ein zutreffendes Bild der Stimmung im Ortsverein. Anwesend waren in der Gaststätte "Zur Erholung" über 40 Mitglieder, darunter auch eine Reihe von Genossinnen und Genossen aus Horneburg. Die zweistündige Diskussion war äußerst lebhaft, aber nie verletzend und ein großer Teil der Anwesenden nutzte die Chance, ihre Meinung zu äußern zu der für die SPD entscheidenden Frage.

Oliver Kellmer, der in Vertretung für Petra Tiemann eingeladen war, stellte den Ablauf der Ereignisse seit dem Abbruch der "Jamaika-Sondierungen" im November dar. Danach referierte er summarisch über die erreichten

Ergebnisse bei den Sondierungsverhandlungen: Es seien eine Reihe von wichtigen Zielen erreicht worden, die geeignet seien, dass es vielen Menschen besser gehen könne. Aber es seien auch wichtige Ergebnisse nicht erreicht worden, wie z.B. die Bürgerversicherung oder eine gerechtere Besteuerung großer Einkommen und Vermögen. Zu dem, was erreicht wurde, zählte er:

- Das Ja zu Europa: Vortreiben der europäischen Idee durch Verzicht auf die Austeritätspolitik und Stärkung der europäischen Solidarität gerade für die schwachen Länder.
- Fortschritte im Bereich Bildung durch Ende des Kooperationsverbotes zwischen Bund und den Ländern in diesem Bereich
- Sicherung des Rentenniveaus

- Paritätische Finanzierung der Krankenversicherung durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber.
- Ende des Solidarzuschlags für kleine und mittlere Einkommen und Erhöhung des Kindergeldes.

Neu für Koalitionen sei, dass nach 2 Jahren eine Überprüfung des Erreichten geplant sei.

Er stellte aber auch die Frage: Wo wären wir in vier Jahren? Werde die SPD noch schwächer durch die Regierungsbeteiligung? Es müsse auch für uns ein Ziel sein, langfristig eine starke SPD zu haben. Er gab noch einen kurzen historischen Abriss: In der Weimarer Republik sei die SPD auch bei Regierungsbeteiligung immer schwächer geworden und zum Schluss nicht mehr in der Lage gewesen, die Demokratie gegen die Nazis zu verteidigen.

Wie zu erwarten prallten in der folgenden Diskussion die Meinungen von Gegnern und Befürwortern von Koalitionsverhandlungen aufeinander.



©Karsten Wissner, Buxtehuder Tageblatt

Die Gegner von Koalitionsverhandlungen brachten vor allem folgende Argumente vor:

- Die Sondierungen hätten zu keinem guten Ergebnis geführt: Die SPD habe in grundsätzlichen Punkten (Bürgerversicherung, Klimaschutz, gerechtes Steuersystem) nichts oder keine wesentlichen Verbesserungen erzielt. Beim Thema Migration und Familiennachzug habe man sogar die Position der Union übernommen.
- Einige der Ziele im Sondierungspapier waren schon im letzten Koalitionsvertrag vereinbart worden, aber wurden auf Betreiben der Union nicht umgesetzt.

- Die Ergebnisse würden entgegen der Behauptung eines Neuanfangs ein "Weiter so" suggerieren.
- Der erforderliche Neuaufbau der Partei, um wieder zu Mehrheiten zu gelangen, wäre in der Opposition einfacher als im Rahmen einer Regierungsbeteiligung.
- Neuwahlen brauche man nicht zu fürchten.
- Die AfD würde Oppositionsführerin im Bundestag.

Für die Befürworter von Koalitionsverhandlungen waren folgende Argumente wichtig:

- Es würden einige wichtige Teile unseres Wahlprogramms umgesetzt, die vielen Menschen, insbesondere mit geringem Einkommen, zugute kämen. Mit 20 % Stimmanteil könne man nicht 100 % des Programms umsetzen. Eine Nichtbeteiligung an der Regierung wäre schwer verständlich zu machen.
- Unsere Position in der EU verlangt, dass wir möglichst bald eine stabile Regierung bekommen. Die nötigen Reformen auf europäischer Ebene müssen noch dieses Jahr in Gang gesetzt werden, da 2019 Europawahlen sind und ein weiteres Zuwarten die Reformen auf langer Zeit verhindern können. Wir müssen jetzt mit einer handlungsfähigen Regierung auf die Vorschläge von Präsident Macron eingehen können.
- Die Regeneration der Partei hänge nur von ihr ganz allein ab und könne auch in der Regierung gelingen. Opposition sei keine Garantie für einen Wiederaufstieg in der Wählergunst, wie das Beispiel der Bayern-SPD zeige, die seit 60 Jahren in der Opposition sei.
- Da eine Minderheitsregierung unwahrscheinlich sei, würden Neuwahlen zum jetzigen Zeitpunkt wahrscheinlich einen gewaltigen Einbruch für die SPD bringen.

Nach der intensiv und sachlich geführten Debatte wurde die Meinung der Teilnehmer abgefragt. Bei der Abstimmung sprachen sich 15 für die Aufnahme und eine Mehrheit von 27 gegen die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen aus. Das Ergebnis wurde umgehend an die Delegierten des UB Stade, Petra Tiemann und Alexander Paatsch, weitergegeben.

## Nach dem Parteitagsbeschluss - Wie geht es weiter?

von Dr. Uwe Lampe

Der Parteitag hat sich mit knapper Mehrheit (56 % Zustimmung) für die Aufnahme von Verhandlungen mit der Union ausgesprochen. Dabei wurde festgelegt, dass in folgenden drei Punkten noch Verbesserungen erreicht werden sollten:

- Eine Einschränkung bzw. Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen
- Beseitigung der Ungleichbehandlung von Kassen- und Privatpatienten
- Eine bessere Härtefallregelung bei dem Familiennachzug.

Die SPD wird nun ihr Verhandlungsteam zusammenstellen und über die Strategie beraten. Am Ende der Verhandlungen wird man dann feststellen können, was insgesamt umgesetzt wurde und wo die andere Seite unnachgiebig blieb. Die endgültige Entscheidung wird dann ein Mitgliederentscheid bringen. Die innerparteiliche Diskussion wird daher weiter geführt werden. Sehr wichtig sollte sein, dass bei einem Scheitern die Deutungshoheit bei uns liegt: Es muss auf jeden Fall klar herauskommen, dass das Scheitern nicht durch die SPD verursacht wurde, sondern in der verstockten Unnachgiebigkeit der Unionsparteien ihre Ursache hat. Nur dann können wir uns zuversichtlich in Neuwahlen dem Wähler stellen, wenn wir sagen können: "An uns lag es nicht. Die Union wollte unseren berechtigten Forderungen, die für viele Menschen hilfreich gewesen wären, nicht zustimmen."

Eine lebhafte innerparteiliche Diskussion war schon immer kennzeichnend für die SPD seit ihrer Gründung vor mehr als 150 Jahren. Diese harte Diskussion und das Ringen um die richtige Antwort auf die Probleme der Zeit werden zwar immer wieder in der veröffentlichten Meinung als Zerrissenheit dargestellt, sind aber die entscheidenden Kennzeichen einer starken demokratischen Kultur. Die Unionsparteien mögen

zwar nach außen geschlossen wirken, man kann sie aber wegen des Fehlens dieser Debattenkultur als Kaderpartei betrachten, bei der die Führung allein die Richtung vorgibt.

Die innerparteiliche Demokratie setzt aber voraus, dass nach erfolgter Abstimmung auch die Verlierer den Beschluss mittragen und alles daransetzen, zu einem guten Ergebnis für das Land und die Partei zu gelangen. Um gute Ergebnisse bei den Verhandlungen mit den Unionsparteien zu erzielen, sollten auch die Gegner der Verhandlung diese nicht durch Polemik und Querschüsse stören. Am Ende, wenn das Ergebnis vorliegt, ist es Zeit, dieses zu bewerten und darüber abzustimmen.

Einen positiven Effekt hat die innerparteiliche Diskussion bereits gebracht: Seit dem Parteitag sind bundesweit bereits mehr als 2000 Anträge für eine Mitgliedschaft eingegangen. Ich hoffe, dass die neuen Genossinnen und Genossen nicht nur wegen der Möglichkeit der Teilnahme an der Abstimmung beigetreten sind, sondern mit der Absicht, sich langfristig politisch zu engagieren, weil für sie die Ziele der SPD die richtigen sind und sie diese mit umsetzen wollen. Gerade für die Regeneration der Partei nach der schweren Wahlniederlage können neue Mitglieder frische Ideen einbringen. Die jetzt wieder zurückgenommene Kampagne von einigen Jusos für eine Kurzmitgliedschaft zum Zwecke der Teilnahme an der Abstimmung ist eher schädlich. Der Bundesvorsitzende hat sich bereits jetzt davon öffentlich distanziert, was nur zu begrüßen ist.

Was auf jeden Fall gilt, egal wie die Verhandlungen und das Votum der Mitglieder ausgehen: Die SPD braucht eine Erneuerung, beginnend in den Ortsvereinen über alle Gliederungen hinweg bis zur Bundesebene. Es gibt viel für uns zu tun, fangen wir an.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des Verfassers wieder. Diese entspricht nicht unbedingt derjenigen des Ortsvereins-Vorstandes. Beiträge (erwünscht) und Themenvorschläge bitte an: Dr. Uwe Lampe, Beim Kloster Dohren 13, 21614 Buxtehude, Tel.: 04161/80125, e- Mail: [dr\\_uwe\\_lampe@yahoo.de](mailto:dr_uwe_lampe@yahoo.de)